

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G. Mt. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Hof und Scholle“.

Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 Mt. Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27



Anzeigen

werden die sechsgepalte 3 mm hohe (Weiß-)Pelle oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Kleinanzeigen kosten pro Zeile 40 Pf. Verbindlichkeit für Platz, Datenumdruck und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postkontonto Frankfurt a. Main Nr. 2077.

Annahmehonorar für Offerten und Aushkunft beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet.

Nr. 81.

Sonntag, den 10. Juli 1927.

20. Jahrgang.

Die Wahrheit richtet sich nicht nach uns, wir müssen uns nach ihr richten.

Von Woche zu Woche.

Handbemerkungen zur Zeitgeschichte.

Wenn Dr. Stresemann in seiner Nobelpreiskrede in Oslo von dem Mißtrauen gesprochen hat, das trotz der Locarno-Verträge zwischen den Mächten immer wieder gegen den Verlauf der letzten Woche bezeugt es wieder einmal zur Genüge, daß wir von einer wahren Verständigung zwischen den Völkern noch weit entfernt sind.

Ein Schulbeispiel für die heutige Geistesverfassung weiter französischer Kreise war der Protest der französischen Kolonialvereine gegen den Eintritt eines Deutschen in die Mandatskommission. Fürchtet man sich in Paris etwa davor, daß Deutschland nach Aufnahme in diese Kommission die Welt über die Mächtigkeit in den französischen Mandatsgebieten aufklären wird? Es ist ein Treppennuß der Weltgeschichte, daß zu gleicher Zeit, wo die französische Kolonialgesellschaft ihr Protesttelegramm an den Generalsekretär des Völkerbundes abgefaßt hat, in dem Pariser Blatt „Populaire“ ein Artikel mit Material über Eingeborenenmishandlungen im französischen Kongo veröffentlicht wird, die, wenn sie sich bestätigen, allerdings an die schlimmsten Kongo-Skandale von früher heranzureichen und die Beforgnis vor der deutschen Kritik deutlich genug erklären. Erstrecklich hat sich die Mandatskommission über den französischen Protest ohne weiteres hinweggesetzt und sich mit der Schaffung eines deutschen Sitzes einverstanden erklärt.

Auch sonst fehlte es in den letzten Tagen nicht an französischen „Protesten“. So kann sich die Pariser Presse nicht genug darüber aufregen, daß die englische Regierung an die Militärämter die Einladung gerichtet hat, ihren diplomatischen Vertretungen in London Militäraffären zu bezeugen. Obwohl es klar auf der Hand liegt, daß es sich bei Militäraffären nur um Einzelpersonlichkeiten handeln kann, versucht man von Paris aus den Eindruck zu erwecken, daß in diesem Fall ein Verstoß gegen den Versailler Vertrag vorliegt, der ausdrücklich die Entsendung von Militärmissionen verbietet. Einen ähnlichen Verstoß will die französische Regierung in der Entsendung von vierzehn deutschen Reichs-Offizieren zu den Flugmanövern in Hendon erblicken. In beiden Fällen sind die französischen Beschuldigungen zu unredlich erfolgt. England und Italien sind in Übereinstimmung mit Deutschland der Auffassung, daß sich der Vertragspaß von den Missionen niemals auf Attaches beziehen kann. Und dem Besuch der deutschen Offiziere bei der großen Luftparade, die das bedeutendste Fliegerereignis des Jahres in England darstellt und sich in aller Öffentlichkeit vor 30 000 bis 40 000 Zuschauern abspielt, liegt eine private Einladung seitens englischer Flieger zugrunde, mit der weder das englische Kriegsamt noch das Reichswehrministerium offiziell etwas zu tun haben. Die Reise der deutschen Offiziere eine „Militärmission“ im Sinne des Art. 179 des Vertrages von Versailles zu nennen, wäre völlig abwegig. Die Reise hat durchaus privaten, persönlichen Charakter.

Die gereizte Stimmung in Paris läßt sich nur so erklären, daß man um jeden Preis neue Vorwände für eine neue Hinausgerung der Rheinlandräumung schaffen will. Die Streitfrage der deutschen Offiziere steht vor ihrer Erledigung, und mit der Annahme des Kriegserklärungsgesetzes im Reichstag sind alle Vorbedingungen des Versailler Vertrages erfüllt. Eine Aufrechterhaltung der Rheinlandbesetzung läßt sich also nicht mehr rechtfertigen, und Deutschland wird nicht aufhören, sein Recht zu behaupten, daß man in Paris oder von dort aus immer noch nicht an die Erledigung der Rheinfrage herangehen will.

In innerpolitischer Hinsicht gab es in der letzten Woche ebenfalls bewegte Stunden. Trotz der tropischen Hitze war der Reichstag immer noch in Berlin versammelt, um die zahlreichen, noch der

Erledigung harrenden gesetzgeberischen Aufgaben aufzuarbeiten. Allein, wie so oft, ist auch diesmal nur ein Bruchteil der Vorlagen unter Dach und Fach gebracht worden. Von größeren Gesetzen ist besonders die Arbeitslosenversicherung zu nennen, die vom 1. Oktober ab an die Stelle der bisherigen Erwerbslosenversicherung treten soll. Auch das Zollgesetz steht vor der Verabschiedung, gleichwohl bleibt noch abzuwarten, wie sich der Reichstag, der bekanntlich die Zollerhöhung abgelehnt hat, zu dem gegenläufigen Beschluß des Reichstages stellen wird. Ebenso hat sich in der Frage des Verfassungstages ein Zwiespalt zwischen den beiden Körperschaften ergeben, so daß die Lösung dieser Streitfrage noch offensteht. Ganz unerledigt blieb das Reichsflaggesetz, das dem Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt im Spätherbst beizufügen soll.

Reichsrat für Verfassungstag.

Der preußische Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Der Reichsrat hat in seiner letzten Sitzung die Frage des Verfassungstages behandelt. Ein bayerischer Antrag auf Vertagung wurde mit 41 gegen 26 Stimmen abgelehnt. Nach sehr eingehender Debatte wurde dann der preußische Antrag auf schleunigste Schaffung des Verfassungstages als gesetzlicher Nationalfeiertag mit 42 gegen 25 Stimmen angenommen. Ein Antrag Bayerns, die Schaffung des Verfassungstages als verfassungsänderndes Gesetz anzusehen, wurde mit 42 gegen 25 Stimmen abgelehnt.

Vor der Abstimmung hatte der bayerische Generaldeputierter festgelegt, daß die Bewirkung des preußischen Antrages nur auf dem Wege eines verfassungsändernden Gesetzes möglich sei. Die Reichsversammlung enthalte keine Zustimmung, auf Grund deren das Reich zur Schaffung eines solchen Feiertages zuständig wäre. Die Regelung der Feiertage sei bis jetzt Landesache. Im übrigen lehne er, daß weite Kreise des deutschen Volkes den 11. August als Nationalfeiertag ablehnen.

Demgegenüber erklärte der preußische Staatssekretär Dr. Weismann, daß mindestens ein ebenso großer Teil des deutschen Volkes den 11. August als Nationalfeiertag wünsche. Die Reichsregierungen aller Schattierungen seien bisher mit diesem Beispiel vorangehen und hätten den 11. August feierlich hier im Reichstag gefeiert, an der Spitze der Reichspräsidenten, der durch seine Gegenwart bei dieser Feier dem 11. August eine besondere Weihe verliehen wollte.

Witte-Wiesbaden (Vertreter der Provinz Hessen-Nassau) begrüßte im Namen der westlichen Provinzen seinen Nationalfeiertag zu verschaffen. Namens der Reichsregierung gab dann

Reichsinnenminister v. Kruell folgende Erklärung ab:

„Die Reichsregierung ist sich der Bedeutung sowohl des ganzen Komplexes von Fragen, die mit dem 11. August zusammenhängen, sowie der gesamten Feiertagsregelung in vollem Maße bewußt. Die gegenwärtige Reichsregierung hat hinsichtlich der Dienstreue am 11. August weitergehende Maßnahmen ergreifen, als irgendeine ihrer Vorgängerinnen. Sie hat sich andererseits dem Vorgehen des Reichsausschusses des Reichstages angeschlossen und ist in eine Bearbeitung der Feiertagsfrage eingetreten, auf Grund des kombinierten Antrages Schulle im Reichsausschuss des Reichstages, in welchem eine Regelung der gesamten Feiertagsfrage angedeutet worden ist.“

Die Abstimmung.

Trotz dieser Erklärung der Reichsregierung entschied sich der Reichsrat schon jetzt für die Einführung des 11. August als Nationalfeiertag und nahm den entsprechenden Antrag Preußens mit großer Mehrheit an. Für den Nationalfeiertag stimmten die Provinzen Stadt der preußischen Staatsregierung, die Provinzen Stadt Berlin, Posen-Westpreußen, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau, Rheinland und die Staaten Sachsen, Baden, Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Anhalt, Bremen, Lippe-Deilmold, Lübeck und Waldeck. Dagegen haben folgende Provinzen und Provinzialvertreter gestimmt: Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Niederschlesien, Bayern, Württemberg, Thüringen, Oldenburg, Braunschweig, Mecklenburg, Schaumburg. Der Vertreter der Provinz Niederschlesien blieb der Abstimmung fern. Mit demselben Stimmenverhältnis wurde in namentlicher Ab-

stimmung die von Bayern beantragte Erklärung des Gesetzes zum verfassungsändernden Gesetz abgelehnt.

Keine Einigung im Reichstagsauschuss.
Der Reichsausschuss des Reichstages setzte am Freitag die allgemeine Aussprache über die Anträge zu den National- und Provinzialfeiertagen fort. Zu einer Einigung ist es auch diesmal nicht gekommen. Mit vierzehn gegen zehn Stimmen wurde lediglich der Antrag Hofenfeld (Soz.), die am Vortage beschlossene Verbindung der Frage des Nationalfeiertages mit den Zentrumsanträgen über die kirchlichen Feiertage unzulässig, abgelehnt. Der Ausschuss ging schließlich auseinander, ohne eine neue Sitzung anzuberaumen.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 9. Juli 1927.
— Reichsfinanzler Dr. Marx und der preussische Ministerpräsident Braun haben die Bitte des früheren württembergischen Staatspräsidenten Wlos zentrale Weisungsdelegationen geleistet.
— Der Reichsrat genehmigte die Ausprägung von 20 0 Millionen Mark neuen Silbermünzen in 5 Pfennig und 1 Pfennig als Ersatz für die aus dem Verkehr gezogenen Kleinstmünzen.
— An Stelle des bisherigen Vertreters des Deutschen Reiches bei der Arbeiterversammlung in Wien ist der Reichsausschuss für Arbeiterversammlung ernannt worden.
— Im Reichsland des seit einiger Zeit erloschenen Großherzogtums von Baden ist eine Reichsversammlung eingetreten.

— Der Reichsparteikommisär bei der Reichspost, im Haushaltsausschuss des Reichstages begründete Reichspostminister Dr. Schöler nochmals eingehend die Notwendigkeit einer sofortigen Gebührenerhöhung. Grundtätig erklärte der Reichspostminister, daß er die beabsichtigten Anleihen aufzunehmen, aber nur für vorübergehende Anlagen, wie es in jedem anderen launmännlich geleiteten Betrieb der Fall sei. Er erklärte sich bereit, mit dem Reichsparteikommisär eine Vereinbarung über eine Durchprüfung der Verhältnisse der Reichspost treffen zu wollen. Reichsparteikommisär v. Ziemlich erklärte, daß diese Durchprüfung der Reichspostverwaltung, sollte sie gründlich sein, sehr lange Zeit in Anspruch nehmen.

Rundschau im Auslande.

— Der Reichsausschuss des politischen Schutzes hat die erst vor zwei Monaten vom Präsidenten erlassenen Preisoberste abgelehnt.
— Die ukrainische Regierung hat die Sprachen aller in der Ukraine lebenden Nationalitäten für gleichberechtigt erklärt.
— Das italienische Sondergericht verurteilte Ettore Rauttini, den ehemaligen Direktor der Bank von Cividale, wegen Mittelschuld bei dem Anschlag Rabinovic auf Mussolini zu acht Jahren Zuchthaus. Rauttini hatte für die Ausführung des Anlasses 10 000 Lire beigeleuert.
— Die australische Konflikt in Tintina haben der Landung von 1000 amerikanischen Seeboldaten und der Entsendung einer britischen Abteilung von Schanzel nach Tintina zugestimmt.

Einigung auf der Dreimächtekonferenz?

Ein japanischer Kompromißvorschlag.
Zwischen den drei großen Seemächten scheint nun in letzter Stunde doch noch ein Kompromiß über die Marineerüstungen zustande zu kommen.
Nach den letzten Meldungen aus Genf sind die Vertreter der drei Nationen grundsätzlich übereingekommen, dem von japanischer Seite vorgeschlagenen Kompromiß zuzustimmen, demzufolge das Britische Reich und die Vereinigten Staaten von Nordamerika je 450 000 Tonnen und Japan 350 000 Tonnen an Kreuzern und je gleich hohe Besätze von Torpedobooten und Torpedobootzerstörern erhalten sollen. Die Marineüberwachen der Mächte werden die Einzelheiten auf der Grundlage dieses Vorlages ausarbeiten.
Die Vereinigten Staaten wollten bisher für die Kreuzer nur eine Gesamttonnage von 400 000 Tonnen zugehen, während das englische Kabinett sich für eine Gesamttonnage von 500 000 Tonnen ausgesprochen hatte. Man will man sich offenbar auf dem Mittelwege einigen.

Tausend Möbel werden gerahmt.

Der Pariser Appellationsgerichtshof hat entschieden, daß der Königsführer Leon Daurbe dem Chausseur Bajot, den er der Ermordung seines Sohnes Billiwe beschuldigt hatte, die ihm vom Schwurgericht zugesprochene Schadenersatzsumme von 25 000 Franken zahlen müßte, daß das bereits erwähnte Mobilier Lande's jedoch nicht veräußert werden kann, wenn keine Restluna erfolgt.

Aber auch neue Fragit ist uns in der letzten Woche nicht erspart geblieben. Unvergleichsweise hat sie uns wieder einmal eine fener tieferschütternden Unwetterskatastrophen gebracht, gegen die leider Menschenwert und Menschenmacht vielfach ohnmächtig sind; die furchtbaren Übersflutungen in der Harzgegend und im Rautenhang damit die folgenreichere Jugtatastrophe in Dassel. Auch dem deutschen Sportleben ist ein schmerzliches Unglück widerfahren. Der nahe Tod des Prinzen Friedrich Sigismund, der eine unserer größten Hoffnungen für die Amsterdamer Olympiade war, hat dem deutschen Leibesport einen beklagenswerten Verlust zugefügt, denn der Prinz war einer seiner besten. Weit über den Interessentkreis des deutschen Sports hinaus magte das unarmherzige Schicksal dieses begeisterten und tüchtigen Mannes auf richtiger Trauer begegnen.

Scherz und Ernst.

„*U. Bitte, eine Havana!*“... Wäre die Heimat aller Zigarren, die auf dem europäischen Zigarettenmarkt genannt werden, das Tabakland von Kuba, dann müßte Kuba, die weltbekannte Perle der Großen Antillen, zum mindesten so groß sein wie Amerika. Nur Leute mit ganz großem Geldbeutel können sich für den Tagesbedarf wirklich echte Zigarren leisten. Wir, die gewöhnlichen Sterblichen, sind froh, wenn wir uns jeden Tag eine Zigarette mit Havannaeinlage kaufen dürfen. Echter Havannatoback ist fast ohne weiteres

jede Nachahmung. Er verdrängt feinerer Verfassung, denn der Kenner würde sie ohne weiteres feststellen können. Nicht neidlich wird gar mancher auf den eingeborenen Kubaner blicken, der zu Preisen von fünf bis zehn Cents so viele Zigarren kaufen kann, als er bezahlt. Und er benötigt rechtlich viel, denn die Kubaner rauchen ihre americe einen Zigarren in Ketten.

Sandelstein.

— Berlin, den 8. Juli 1927.
Am Devisenmarkt war die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln etwas größer. Dollar 4,2195, englisches Pfund 20,437.

Am Effektenmarkt bei stiller Geschäftstätigkeit zumeist feste Tendenz.

Am Produktienmarkt war die Salina von Brotgetreide heute, sowohl der Vielesungsverkehr in Frage kam, nicht einseitig, doch auch nicht schwächer, denn das Ausland hatte Preisrückführungen gemacht, die bei dem Fehlen anderer Anregungen die Verkaufslust beeinträchtigten. Am Getreidemarkt wurde Weizen kaum umgezt. Das Angebot von Roggen aus der Provinz und vom Ausland war stärker, teilweise auch billiger, ohne daß sich nennenswerter Beachtlichkeit. Die Kauflust für Weizen hatte sich nicht belebt. Bei völlig unveränderten Notierungen und verhältnismäßig arögen Anstellungen bewegte sich der Verkehr mit Futtergetreide und Stillsfuttermitteln infolge der Zurückhaltung der Händler und Verbraucher in den engsten Grenzen. Sonst sind keine Veränderungen zu verzeichnen geblieben.

Warenumarkt.

Mittagsbörse. (Mittlich.) Getreide und Delikatessen ver 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station:

Weggen Markt. — (am 7. 7.) — Roggen Markt. 255-257 (258-260). Gerste 240-273 (240-273). Weizen Markt. 251-258 (251-258). Weizen Markt. 184-188 (184-188). Weizenmehl 36-38 (36-38). Weizenmehl 34-36 (34-36). Weizenmehl 15,50 (15,50-15,60). Weizenmehl 21 bis 22 (21-22). Weizenmehl 22-23 (22-23). Weizenmehl 22-24,50 (22-24,50). Weizenmehl 14,75-15,75 (14,75-15,75). Weizenmehl 15,75-17,75 (15,75-17,75). Weizenmehl 15,40-15,80 (15,40-15,80). Weizenmehl 12,50-13,10 (12,50-13,10). Weizenmehl 19-19,90 (19-19,90). Weizenmehl 34-34,20 (34-34,20).

Kartoffelpreise.

Amliche Kartoffelpreise je Zentner wandern frei ab märklichen Stationen (amtlich ermittelt durch die Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg um Berlin): Weiße 5,50-6,50, rote 6,00-7,00, Gelbfleischige 6,00-7,00, Deutsche Frühkartoffeln 12,00-13,00.

Magervieh Hof Berlin-Friedrichshofe.

(Amtlicher Bericht vom 8. Juli)
Auftrieb: 390 Rinder (darunter 372 Milchkühe, 18 Kalber, 5 Bullen, 9 Stiel Jungvieh), 132 Kalber, 501 Pferde.

Milchkühe und hochtragende Kühe: 260-500 Mark.
Tragende Färken: 220-490 Mark.
Jungvieh zur Mast: Bullen, Stiere und Färken 40-110 Mark für 1 Zentner Lebendgewicht.
Markterverkauf: Etwas freundlicher.
Pferdemarkt: Lebhafter, bei leicht aussehenden Preisen. Je nach Qualität von 200 bis 1200 Mark.

Neue Damen- u. Herren-Fahrräder Ersatzteile und Reparaturen billigst H. Blackert.

Ausschneiden! Annonce erscheint nur 1 mal Marine-Bestände

Wegen Einführung einheitlicher Farben bei der Marine gelangen zum Verkauf große Mengen nur neuer Waren:

Wollstrickjaden oder -Westen können auch Frauen tragen. 500 Gramm schwer, lange Arme, Größe 40 bis 52, schwarz dunkelgrün, blau und grauschwarz. Stück Mt. 3,50, 3 Stück Mt. 9.—. Wollstrickjaden dazu lang und breit in obigen Farben 3 Stück Mt. 2.—. Offizierwollhosen la la grau, schwarz und Kameel 3 Paar Mt. 4, 5 und 6.—. Futterhosen weiß la la das Beste vom Besten Paar Mt. 2,75, 3 Paar Mt. 7,50. Kattinohandtücher geblümt. Qualitätsware fertig hergestellt Stück Mt. 1,20, 1,50, 1,75. Frotteehand- und Badetücher 2 farbig ca 50/100 Mt. 1,79, 2.—, 2,50 u. 3.—, 100/100 Mt. 4,50, 100/150 Mt. 6.—

ca. 25000 Schlafdecken

hell und dunkel, gefreist und Blumenmuster, wunderbare große, weiche Decken. Mt. 3, 4, 5, 6 und 8. Reisfedern (Reisfedern la) Schottenbeins leberf. eingef. Mt. 10.—. Matratzenschoner oder Baddecken 3 St. Mt. 4,50. Pferde- oder Wagendecken dunkel gefreist, extra schwere Ware Mt. 6,50. Zum Verkauf gelangen ca. 500 000 Stück angeführter neuer Waren, die so billig sind, daß sie im Voraus kaufen können, was Sie jetzt billig kaufen. brauchen Sie später nicht teten zu bezahlen. Nachnahmeversand ab Mt. 10.— frei, unter Mt. 10.— 50 Pfg. Porto.

Textil-Resacker, Kiel.

Frau Elfriede Holl

Neustadt 30 empfiehlt

Leinen, Kleiderstoffe, Spitzen Damenstrümpfe, Festons Barmer-Bogen etc.

Vorbachs Schnitte- und Aufbügelmuster für Handbetrieb.

Eigene Anfertigung von Wäsche, Schürzen, Sporthemden etc.

Nachdem die Direktion der Landestreditkassa in Kassel ihre Papiermarktschuldverschreibungen zum Umtausch in 4 1/2 Proz. Goldschuldverschreibungen aufgerufen hat, bitten wir unsere Kundschaft, die umzutauschenden auf Papiermarkt lautenden Stücke nebst Zinscheinen baldigst hier einzuliefern. Spangenberg, den 9. Juli 1927. Städtische Sparkasse.

Jeder Gewerbetreibende Handwerker und Landwirt muß jetzt ordnungsmäßige Geschäftsbücher führen. Die Einrichtung und Fortführung derselben übernimmt W. Friedrich Pasche Rechts- Revisions- und Treuhandbüro

Zuerst die Lauge bereiten Dann die Wäsche hinein... Sie verrühren die für Ihren Kessel erforderliche Menge Persil (ohne jeden weiteren Zusatz) kalt in einem Eimer und geben diese Lösung in den mit kaltem Wasser gefüllten Kessel. Die Wäsche wird locker in diese kalte Lauge gelegt; festes Drücken ist unbedingt zu vermeiden, es behindert und erschwert die Reinigung.

Persil richtige Anwendung sicherer vollen Erfolg! Nehmen Sie Henko zum Einweichen. Jetzt auch in Pfundpaketen zu 85 Pfennig erhältlich

MODENSCHAU Lyon's Illustrations Zeitschrift für Heim und Gesellschaft. Erscheint monatlich im Umfange von 38 Seiten in eleganter, mehrfarbiger Ausstattung. 30 Seiten Mode 28 Seiten Unterhaltung. Ueber 120 neue Modelle in jedem Heft. Preis 60 Pfennig. Unentbehrlich für Schneider. Zu haben in allen Buchhandlungen.

Wißt du kaufen Uhren ein, komme nur zu Wilh. Keim Spangenberg.

Kaufe jedes Quantum Heidelbeeren zu den höchsten Tagespreisen Alfred Brann, Neustadt.

Wettswimmen am 7. 8. 27. Am 7. 8. 27 findet in Spangenberg, von der Deutschen Turnerklub veranstaltet, ein Kreiswettswimmen statt. Die Stadt Spangenberg hat für den Zweck das Liebenbachbad zur Verfügung gestellt. In Würdigung dieses Entgegenkommens bietet die Zeitung des Wettswimmens der Spangenberg Jugend Gelegenheit, sich an dem Wettswimmen zu beteiligen. Es kommen Jungen und Mädchen — unter 14 Jahren und über 14 Jahre — in Betracht. Die Jugendlichen, die an dem Wettswimmen teilnehmen wollen, müssen sich bis zum 20. 7. 27. auf dem Bürgermeisteramt melden. Spangenberg, den 6. 7. 1927.

Der Bürgermeister, Schier.

Kirchliche Nachrichten. Sonntag, den 10. Juli 1927. 4. Sonntag nach Trinitatis. Gottesdienst in: Spangenberg. Vormittags 1/9 Uhr: Pfarrer Schönwald. Vormittags 10 Uhr: Kreispfarrer Schmitt. Ebersdorf. Vormittags 1/9 Uhr: Kreispfarrer Schmitt. Schnellrode. Vormittags 10 Uhr: Pfarrer Schönwald. Christliche Vereine. Mittwoch 1/9 Uhr: Jungfrauenverein: 2. Abteilung, Fr. Lepper. Donnerstag abend 1/9 Uhr: Christlicher Verein junger Männer. Freitag abend 1/9 Uhr: Bläserchor.